

# Streit um Steuerpolitik: Kein Ende in Sicht

**DISKUSSION** CSU und FDP beharren auf ihren Positionen. Rückendeckung erhält Seehofer vom CDU-Kollegen Jürgen Rüttgers.

VON GUSTAV NORGALL, MZ

**WILDBAD KREUTH/REGENSBURG.** Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Horst Seehofer hat bei der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth Erwartungen gedämpft, die koalitionsinternen Auseinandersetzungen um die Steuerpolitik würden bald beendet.

Das für Ende Januar geplante Spitzentreffen von Angela Merkel, Guido Westerwelle und ihm bringe „keinen Abschluss der Debatte“. Damit würde sich die Union auch unglaubwürdig machen. Bisher habe man betont, dass man vor endgültigen Entscheidungen die Steuerschätzungen im Mai oder Juni abwarten wolle. „Dann können wir uns jetzt aber nicht festlegen.“

Seehofer machte aber deutlich, dass er Forderungen der FDP nach Entlas-

tungen der Bürger in Höhe von mehr als 20 Milliarden für unrealistisch halte. Dies stehe auch nicht im Koalitionsvertrag. Dort habe man Steuerentlastungen in Höhe von 24 Milliarden Euro anvisiert – und zwar erst ab 2011. Auch das allerdings unter einem Finanzierungsvorbehalt.

Nun müsse man berücksichtigen, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung bei ihrer Klausur in Meseberg bereits Erleichterungen für die Familien in Höhe von über vier Milliarden vereinbart habe. Noch dazu seien zum Jahresbeginn Steuersenkungen in Höhe von gut acht Milliarden – zum Beispiel die Verringerung des Mehrwertsteuersatzes für Hotelübernachtungen – in Kraft getreten. Damit verbleibe – wenn überhaupt – noch ein Spielraum von rund zwölf Milliarden Euro.

Nun sei man sich in der Bundesregierung und unter den Ministerpräsidenten aber einig, dass man mehr Geld zum Beispiel für die Bildung, die Konsolidierung der Kommunalfinanzen und eine nachhaltige Wirtschafts- und Energiepolitik ausgeben wolle – was dann noch für Steuersenkungen übrig bleibe, ließ Seehofer offen.

Der CSU-Chef wollte nicht darüber spekulieren, warum die FDP vor diesem Hintergrund weiter auf höhere Entlastungen poche. Der Ministerpräsident betonte aber, dass auch der finanziell relativ starke Freistaat Bayern auf keinen Fall weitere finanzielle Einbußen schultern könne.

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers unterstützte als Gast der Landesgruppe in Kreuth die Position Seehofers. „Steuererleichterungen allein sind für wirtschaftliches Wachstum nicht ausreichend.“ Dazu bedürfe es auch einer Haushaltskonsolidierung. Rüttgers hofft aber, dass die Debatte über Steuersenkungen nach dem Dreikönigstreffen der FDP in Stuttgart und dem CSU-Treffen sachlicher geführt wird. „Das war bisher eine virtuelle Diskussion“, sagte er vor Journalisten.

Kritik übte Rüttgers an der Aussage von Birgit Homburger, Fraktionschefin der FDP im Bundestag, es müsse Steuersenkungen geben, egal wie sich die finanzielle Lage entwickle. „Wenn sie uns sagt, wie das geht, werde ich sie gerne für den Nobelpreis für Ökonomie vorschlagen.“ Jetzt sei die Gelegen-

heit zu einem Neustart für die schwarz-gelbe Koalition gegeben. Diese Chance müsse man ergreifen.

Protest kam vonseiten der FDP: „Im Gegensatz zur CSU steht die FDP zu dem, was wir vor der Wahl gefordert haben: Eine spürbare steuerliche Entlastung der Bürger“, sagte Miriam Gruß, Generalsekretärin der FDP Bayern, und verteidigte das geplante Entlastungsvolumen von 24 Milliarden Euro. „Unsere Berechnungen sind seriös, weshalb ich das Zaudern und Zögern der CSU nicht nachvollziehen kann.“ Steuerliche Entlastungen und die Konsolidierung des Haushaltes seien schließlich kein Gegensatz.

Dass Seehofer mit seiner Kritik an den FDP-Plänen versuche, von internen Problemen abzulenken, ist sich FDP-Landesgruppenvorsitzender Horst Meierhofer sicher. „Die CSU tut sich einen Gefallen, sich daran zu halten, was auch sie im Koalitionsvertrag vereinbart hat: die Bürger entlasten und die Wirtschaft ankurbeln.“ Die Menschen müssten sich auf das verlassen können, was vereinbart wurde. Ansonsten sei der Koalitionsvertrag das Papier nicht wert, auf dem er steht.